

NIEDERSCHRIFT
über die 5. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
in der 11. Wahlperiode 2019/2024

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal
am Mittwoch, 18. Dezember 2019, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Guth eröffnet die 5. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

II. Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung des Kreistages vom 25.09.2019 und der 3. Sitzung des Kreistages vom 22.10.2019
2. Einwohnerfragestunde
3. Abfallwirtschaft im Donnersbergkreis, Wirtschaftsplan 2020
4. Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2020
5. Berufung der weiteren Mitglieder in den Beirat für Migration und Integration des Donnersbergkreises
6. Wahl von Ersatzpersonen in den Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises
7. Wahl einer Ersatzperson in den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg
8. Auflösung der Donnersberger-Energie-Konzepte AöR - Beschluss der Auflösungssatzung
9. Mitteilungen und Anfragen

B) Nicht öffentlicher Teil

1. Auflösung der Donnersberger-Energie-Konzepte AöR
- Entscheidung über die finanztechnische Abwicklung

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung des Kreistages vom 25.09.2019 und der 3. Sitzung vom 22.10.2019

I. Sachverhalt:

Landrat Guth fragt nach Änderungswünschen.

Für Michael Groß (SPD) sei die Niederschrift vom 22.10.2019 relativ kurzgefasst. Er bittet künftig die Protokolle wieder etwas umfangreicher zu gestalten.

Zu der Niederschrift vom 25.09.2019 hat Michael Cullmann (SPD) einige Hinweise und bittet sowohl Rechtschreibfehler als auch inhaltliche Fehler zu beheben.

Landrat Guth sichert die Korrektur der Niederschrift zu.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschriften der 2. Sitzung vom 25.09.2019 sowie der 3. Sitzung vom 22.10.2019.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Abfallwirtschaft im Donnersbergkreis, Wirtschaftsplan 2020

I. Sachverhalt:

Hado Reimringer erläutert den Wirtschaftsplan 2020, der geprägt von der Entscheidung zur Anpassung der Abfallgebührensatzung ist, die in der letzten Sitzung des Kreistages beschlossen wurde. Die Entwicklung in der Abfallwirtschaft mit einem voraussichtlichen Verlustvortrag von knapp zwei Millionen Euro zum 31.12.2019 erforderte eine deutliche Erhöhung der Benutzungsgebühren, um dieses Defizit in den nächsten Jahren abzubauen und der Abfallwirtschaft wieder Handlungsspielraum bei der Sicherstellung der ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung sowie der Vermeidung von Abfällen im Rahmen des bestehenden Abfallwirtschaftskonzeptes zu geben.

Nachdem in 2018 entsprechend dem geprüften Jahresergebnis ein Verlust i.H. v. 488.000 € festgestellt wurde und sich dieser Trend auch im Wirtschaftsjahr 2019 mit einem zu erwartenden Verlust i.H. v. 578.000 € lt. Zwischenbericht fortsetzt, bringt die Neufestsetzung der Benutzungsgebühren zum 01.01.2020 insgesamt Mehreinnahmen von 1,8 Mio. € gegenüber 2019.

Bei den Papiererlösen geht die Verwaltung auch im kommenden Jahr von einem sehr niedrigen Niveau aus, sodass sich dort die Einnahmen von zu erwartenden 500.000 € in diesem Jahr auf nochmals 423.000 € im Jahr 2020 reduzieren werden. Der derzeitige Vermarktungspreis liegt derzeit unter 70 €/Tonne – auch daran erkennt man – keine erfreuliche Entwicklung. Die Entwicklung der Papierpreise überhaupt lässt auch absehbar keine Trendwende erkennen.

Zudem stehen der Abfallwirtschaft lediglich 75% der Papiererlöse zur Verfügung. Auf die restlichen 25%, das wurde per Gerichtsurteil festgestellt, hat DSD einen Herausgabe- und Vermarktungsanspruch.

Bei den Aufwendungen ist anzumerken, dass der Materialaufwand, der die Hauptleistung bei der Sammlung, dem Transport und der Entsorgung der Abfallstoffe beinhaltet, mit 6.250.000 € in 2020 gegenüber dem Ansatz 2019 mit 6.484.000 um 233.000 € geringer kalkuliert wurde.

Der Grund dafür liegt im Wesentlichen im Entsorgungspreis der Rest- und Sperrmüllverwertung

in Mainz. Denn beim Wirtschaftsplan 2019 wurde ein Entsorgungspreis von 120 €/Tonne einkalkuliert, was dem Zwischenergebnis der Verhandlungen mit Mainz entsprach. Im Wirtschaftsplan 2020 wurde nun natürlich der endverhandelte Preis von 109 €/Tonne einkalkuliert.

Bei den Aufwendungen erwähnenswert sei noch die zur Gasbehandlung im Rahmen der Nachsorge der Deponie Eisenberg 2019 installierte Schwachgasfackel zur Entgasung des Deponiekörpers. Die Maßnahme wird abschließend rd. 721.000 € kosten. Bezuschusst wird die Maßnahme, wie schon mehrfach erwähnt, insgesamt mit 336.000 € vom Projektträger Jülich, der im Rahmen der CO2 Initiative der Bundesregierung dieses Projekt betreut. Hier stehen noch Leistungen für Restarbeiten im Jahr 2020 i.H. v. rd. 219.000 € aus. Die Schwachgasfackel selbst befindet sich seit August 2019 im Probebetrieb, der im ersten Quartal 2020 abgeschlossen sein wird. Von den vorgenannten Zahlen ausgehend, schließt der Erfolgsplan 2020 bei den Erträgen mit rd. 9.027.000 €, bei den Aufwendungen mit 7.717.000 €. Demnach weist der Erfolgsplan für 2020 einen Jahresgewinn i.H. v. rd. 1,3 Mio. € aus. Der Verlustvortrag reduziert sich dann zum 31.12.2020 auf 688.000 €.

Mit einer Trendwende ins Positive ist unter Berücksichtigung des zu erwartenden Jahresverlustes in 2019 i.H. v. 578.000 € frühestens 2021, sehr wahrscheinlich aber erst 2022, zu rechnen.

Der Vermögensplan enthält keine Besonderheiten. Der Stellenplan beinhaltet keine Abweichungen gegenüber 2019. Abschließend bleibt für den Wirtschaftsplan 2020 festzustellen, dass durch die Anpassung der Benutzungsgebühren die Konsolidierung ab 2020 eingeleitet wird und in den Folgejahren auf Grundlage der kalkulierten Mehreinnahmen fortgeführt werden kann.

Christa Mayer (SPD) erscheint zur Sitzung.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) stellt fest, die Kosten für die Sammlung seien drastisch gestiegen. Zugleich können bei der Vermarktung von Papier nur noch 68 €/Tonne erzielt werden. Solche Kostensteigerungen und Mindereinnahmen zusammen, lassen im Gebührenhaushalt der Abfallwirtschaft zum 31.12.2019 ein Defizit von knapp 2 Mio. € erwarten. Der Planansatz 2020 weist durch die Gebührenerhöhung und die Herausnahme der Sonderleistung, wie Baby- und Pflögetonne, Abholung der landwirtschaftlichen Folien und einer Preisreduzierung beim Entgelt in Mainz, einen Jahresgewinn von 1,3 Mio. € auf. Falls die Entwicklung, die im Planansatz 2020 aufgezeigt wird, sich weiter fortsetzt, könnte das Defizit der Abfallwirtschaft wohl in den nächsten drei Jahren abgetragen werden.

Für die meisten Donnersberger Haushalte kostet die Müllabfuhr ab 2020 rd. 40% mehr. Bisherige Vergünstigungen bleiben im reduzierten Umfang erhalten. Das Streichen der Leistungen, wie die kostenlose Baby- und Pflögetonne oder die Einsammlung der landwirtschaftlichen Silofolien, liegt im Gebührenrecht begründet.

Das gegenwärtige Gebührensystem bietet den Bürgern keine Anreize zur Müllvermeidung, so Groskurt. Die aktuellen Verträge laufen noch bis 2023 und bieten erst dann die Chance, bei einem Systemwechsel, verursachergerecht zu belasten. Ein erster Schritt hierzu wäre die haushaltsbezogene Berechnung der Müllgefäßleerung. Dies könnte im digitalen Zeitalter über ein Chipsystem funktionieren. Vermutlich lässt sich sogar die Abfallmenge erfassen, wodurch die Bürger noch direkter für die Müllvermeidung sensibilisiert werden.

Die Verwendung von Glassäcken führt dazu, dass das gesammelte Glas nur als minderwertiges Mischglas recycelt werden kann. Statt der kostenlosen Abholung von Glassäcken wäre es auch denkbar, Glas ausschließlich über Sammelbehälter, farblich getrennt, der Verwertung zuzuföhren, was zu höheren Erlösen föhren könnte. Sicherlich gibt es noch viele weitere Ideen und Veränderungen, um das Abfallsystem zukunftsfähiger zu machen. Dem Wirtschaftsplan 2020 wird die Fraktion B90/Grüne zustimmen.

Michael Groß (SPD) signalisiert vorab die Zustimmung zum Wirtschaftsplan, hat jedoch Nachfragen. Er hat es so in Erinnerung, dass eine Geböhrenerhöhung gestaltet werden sollte, damit der Verlustvortrag i.H. v. 2 Mio. € in den nächsten drei Jahren abgetragen wird und ein Plus von rd. 700.000 € entstehen kann. Darauf wurde die 40%ige Erhöhung der Abfallentsorgungsgeböhren begründet. Nun rechnet man allerdings mit einem Plus von 1,3 Mio. € und da drängt sich natürlich die Frage auf, ob eine 30%ige Erhöhung nicht doch ausreichend gewesen wäre. Als Weiteres spricht er die Gewinnhöhe an, die für das Jahr 2020 sowie für weitere drei Jahre in exakt der gleichen Höhe kalkuliert sei. Er vermutet hier eher ein Darstellungsproblem und fragt ob es zutreffend sei.

Hado Reimringer föhrt aus, wenn man sich den Strahl auf der jährlichen Fortschreibung der Umsatz- und Ertragsvorschau betrachtet, könnte man durchaus hinsichtlich der Geböhrenerhöhung auf die Gedanken kommen, die Michael Groß geschildert hat. Ausgangspunkt für die Geböhrenkalkulation war allerdings das Jahresende 2018, also der Jahresabschluss 2017 inkl. Jahresabschluss 2018. Darauf basierend wurde der Verlust aus dem Jahr 2019 nur marginal bzw. überhaupt nicht in die Planung miteinbezogen. Die 1,3 Mio. € Mehreinnahmen im Jahr 2020 müssen natürlich den Gesamtbetrag von 2 Mio. € abdecken. Zusätzlich erwartet man wesentliche Mehrkosten in Zusammenhang mit der

Rückstellungsbetrachtung, die derzeit vom Unternehmen Econom vorgenommen wird. Dabei geht es insbesondere um die Sanierung der Gas- und Sickerwasserbrunnen. Hierfür rechnet er in den nächsten Jahren mit Kosten von über einer Million Euro. Auch für die Sanierung des Betriebsgebäudes, der Straße und der Waage werden demnächst Mittel benötigt.

Zu der kalkulierten Gewinnhöhe merkt Hado Reimringer an, dass diese natürlich nicht gleich bleiben wird. Die Ausgaben werden mit hoher Wahrscheinlichkeit von Jahr zu Jahr steigen. Allerdings handelt es sich im Wirtschaftsplan um eine traditionelle Darstellung, die in den Vorjahren immer so erfolgt sei. In den nächsten Jahren soll allerdings die Darstellung so verändert werden, dass eine solche darstellende Fehlinterpretation ausgeschlossen ist.

Für Helmut Schmidt (Linke) sei das im Wirtschaftsplan geplante Ergebnis von 1,3 Mio. € ein Befreiungsschlag, der allerdings auch durch eine brachial unsoziale Gebührenerhöhung für größere Familien erreicht worden ist. Der Donnersbergkreis hat außerdem seine letzten Reste an sozialen Ausgleich und Charme geopfert. So wurde beispielsweise die Baby- und Pflögetonne gestrichen, um dem KAG zu genügen. Vielen Mitgliedern des Kreistags ist die Gebührenerhöhung durchaus nicht leicht gefallen. Die kleine „Trickserei“ mit der freien Tonne im ersten Babyjahr für das Erstgeborene, ordnet Helmut Schmidt in die Kategorie „sich in die eigene Tasche lügen“ ein.

Obwohl fast alle letztlich die geplanten Veränderungen akzeptieren mussten, wurden doch auch Stimmen laut, die eine sozial ausgewogene Müllgebühr fordern. Er steht einer konkret dem jeweiligen Haushalt zuordnungsfähigen Abfallmenge eher skeptisch gegenüber, weil er dadurch eine Abfallentsorgung im Wald befürchtet. Helmut Schmidt stimmt dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 nicht zu.

Landrat Guth stellt klar, dass die sozialen Aspekte nicht freiwillig außer Kraft gesetzt wurden. Die Verwaltung ist verpflichtet, geltendes Recht und Gesetz zu beachten und umzusetzen. Für etwaige andere Regelungen könnte der Kreis haftbar gemacht werden. Mit der sozialen Verhärtung der Haltung habe die Vorgehensweise nichts zu tun. Landrat Guth macht deutlich, dass keiner der hier Anwesenden sich die Entscheidung leicht gemacht hat und man froh sein kann, dass hier kleine Schlupflöcher gefunden wurden, die hoffentlich auch noch viele Jahre aufrechterhalten bleiben können.

Christian Ritzmann (FDP) geht auf die Rückstellungsbetrachtung ein und informiert, dass er schon immer seine Probleme mit dem Unternehmen Schülermann und Partner hatte. Auf die

angesprochenen Risiken musste das Büro, seiner Meinung nach, in den Prüfberichten früher hinweisen. Schülermann und Partner hat jahrelang die Situation mitgetragen und erst im letzten Moment empfohlen, die Rückstellungen zu bilden. Die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen müssten sich schließlich darauf verlassen können, dass ein Wirtschaftsprüfungsbüro die tatsächliche Ertrags- und Vermögenslage ermittelt und auch gewisse Empfehlungen ausspricht. Wenn konkrete, aktuelle Zahlen vorliegen, ist Christian Ritzmann der Meinung, sollte auch überprüft werden, ob das ehemalige Wirtschaftsprüfungsbüro ihrem Prüfauftrag in vollem Umfang nachgekommen sei.

Landrat Guth weist darauf hin, bei dem Büro Schülermann und Partner handelt es sich um vereidigte Wirtschaftsprüfer. Allerdings gäbe es in verschiedenen Bereichen auch Ermessensspielräume. Über diese Thematik wurde bereits diskutiert. Landrat Guth kann bei der Vorgehensweise der bisherigen Wirtschaftsprüfer keine grob fahrlässige oder gar vorsätzliche Unterlassung, sowohl der Wirtschaftsprüfer als auch der Kreisgremien, erkennen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt den Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft für das Jahr 2020

im Erfolgsplan

mit den Erträgen von	9.027.100,00 €
mit Ausgaben von	7.717.720,00 €
mit einem Jahresgewinn von	1.309.380,00 €

im Vermögensplan

mit den Einnahmen von	1.508.380,00 €
mit den Ausgaben von	1.508.380,00 €

Gesamtbetrag der Kredite	0,00 €
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	0,00 €
Höchstbetrag der Kassenkredite	0,00 €

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme (Helmut Schmidt)

Lisett Stuppy (B90/Grüne) war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2020

I. Sachverhalt:

Landrat Guth erläutert den Haushalt 2020 anhand einer Präsentation (ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Gerd Fuhrmann (SPD) bedankt sich für die umfangreiche Darstellung. Die Entwicklung des Haushaltes im Jahr 2020 sei für ihn deprimierend. Die Kreisumlage erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mio. €, was natürlich auch einer guten Beschäftigungslage und Unternehmerpolitik zu verdanken sei. Die Ortsgemeinden leisten letztendlich zu den gestiegenen Kreisumlageeinnahmen ihren Beitrag. Dennoch reichen trotz der Zuschüsse die finanziellen Mittel für viele notwendige Maßnahmen nicht und eine Neuverschuldung sei unausweichlich. Ebenso die Liquidität im Ergebnishaushalt muss nachjustiert werden. Die Investitionen seien für die zukünftige Entwicklung des Kreises sehr wichtig und können von der SPD-Fraktion mitgetragen werden. Kritisch dagegen steht die SPD-Fraktion dem Stellenplan gegenüber. Insgesamt sollen 12,55 Stellen zusätzlich entstehen. Erst im Haushaltsjahr 2019 wurden bereits zehn neue Stellen geschaffen. Auch wenn die drei Stellen für den Klimaschutz und eine Stelle für die Gemeindegewerbesteuer plus zu begrüßen sind, vermisst die SPD-Fraktion bei der Stellenmehrung im Haushalt den Willen der Verwaltung zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Gerade hierzu erhielt die Verwaltung eine entsprechende Verfügung der ADD vom 12.11.2018, in der dieser Grundsatz, gerade im Hinblick auf die Personalausstattung, gefordert wurde. Auch die einhergehenden Kosten für Bürocontainer i.H. v. 150.000 € sowie die Anlauffinanzierung für den Anbau i.H. v. 100.000 € tragen nicht zur Verbesserung der finanziellen Sicht bei.

Gerd Fuhrmann ist bereits bei der letzten Haushaltsdebatte auf die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes zum Personalkostenvergleich der Kreise eingegangen. Im Jahr 2017 betrug der Landesdurchschnitt in Rheinland-Pfalz 155 €/Einwohner, im Donnersbergkreis lagen die Kosten pro Einwohner bei 182 €. Für das Jahr 2018 wird der Landesdurchschnitt mit 190 €/Einwohner angegeben, im Kreis waren es bereits 218 €. Mittlerweile liegt der Donnersbergkreis bei 254 €/Einwohner. Er hofft, dass die ADD im Haushaltsgenehmigungsverfahren nicht

auf die Idee kommt, deshalb eine Kreisumlagerhöhung zu fordern. Das wäre für die Kommunen nicht mehr leistbar, die die Mittel dringend für ihre eigenen Entwicklungen und Infrastrukturmaßnahmen benötigen. Das kann den Gemeinden nicht mehr zugemutet werden. Aus diesen Gründen lehnt die SPD-Fraktion den Haushalt ab.

Landrat Guth weist daraufhin, dass bei einer Ablehnung des Haushaltes auch keine Investitionen getätigt werden könnten. Der Kreis wäre handlungsunfähig, was neue Investitionen angeht. Er informiert, dass die ADD zwar bei der Genehmigung des Haushaltes 2019 sich die Stellenmehrungen angeschaut, diese jedoch vollumfänglich akzeptiert hat. Weiterhin erläutert er die einzelnen Stellen des Stellenplans 2020 und begründet die Notwendigkeit der Stellenmehrungen. Ebenso gibt er einen Rückblick über die Mehrungen des Stellenplans 2019 und die diesbezüglichen Auswirkungen auf die Arbeit in den jeweiligen Sachgebieten.

Für Rudolf Jacob (CDU) sei eindeutig erkennbar, dass die Problematik im Bereich der Konnexität liegt. Der Kreis hat deutlich höhere Kosten und Aufwendungen durch entsprechende Gesetze und Standards, die von Bund und Land auferlegt werden. Würde der Kreis diese fehlenden Mittel, die ihm eigentlich zustünden, auch erhalten, wäre man in der Lage mittelfristig seine Schulden zu tilgen und die Investitionsrückstände abzuarbeiten.

Dass man mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zufrieden sein kann, kann er durchaus nachvollziehen. Aber den Ansatz, den Haushalt wegen des Stellenplans abzulehnen, hält er für falsch. Denn damit blockiert man auch jegliche Investitionen im Kreis. Die derzeitige Situation auf dem Finanzmarkt sei sehr günstig, um Investitionen zu tätigen. Diese gilt es zu nutzen, um den Kreis für die Zukunft gut aufzustellen.

Helmut Schmidt (Linke) stellt fest, es sei eigentlich nichts Neues – der Kreis ist hoch verschuldet und seit Jahren insolvent. Dennoch soll vor allem in Schulen und in den Straßenbau investiert werden. Dies sei nachvollziehbar und richtig. Er begrüßt es auch, dass Landrat Guth öffentlich und glasklar die Verantwortlichen für die finanzielle Misere des Kreises benennt.

Die Fronten zwischen den Kommunen und Land bzw. ADD und Rechnungshof verhärten sich und von Entspannung und Kooperation ist wenig zu bemerken. Der Fall der Stadt Worms zeigt exemplarisch, wie klamme Kommunen in die Knie gezwungen werden. Die ADD verlangt, alle Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen und in dem Fall die Grundsteuer exorbitant zu erhöhen. Bei Weigerung wird der Haushalt abgelehnt und somit jegliche Aktivität und Investition untersagt. Vermutlich wird es auch im Kreis zu solch einer Auseinandersetzung mit der ADD kommen, die eine Erhöhung der Kreisumlage verlangen wird. Um den Fehlbetrag i.H. v. 6,3

Mio. € auf diese Weise auszugleichen, wäre eine Umlagenerhöhung um 8% notwendig, was kommunalpolitisch reiner Wahnsinn wäre.

Helmut Schmidt würde deshalb eine Vorgehensweise unterstützen, bei der der Kreis mit anderen Kommunen sowie dem Städte- und Gemeindebund gemeinsam dagegen vorgeht und sich nicht zu Umlagenerhöhungen drängen lässt. Die Kommunen benötigen eine angemessene Finanzausstattung, um eigenständig agieren zu können, so wie es das Grundgesetz in Artikel 28, Absatz 2 fordert und garantiert. Die Hoffnung bleibt, dass diese Forderung von den Verantwortlichen bei Bund und Land erhört wird.

Auch Lisett Stuppy (B90/Grüne) stellt fest, dass die Kreise und Gemeinden immer mehr Aufgaben von Berlin und Mainz zugeteilt bekommen. Entsprechende Mittel werden weder hierfür noch für die zusätzlich benötigte Personalausstattung zur Verfügung gestellt. Für die Kommunalpolitik bleiben kaum Chancen für Eigeninitiativen und freiwillige Aufgaben. Kritisiert man die untragbar schlechte Ausstattung, so folgen Diskussionen mit der ADD über Umlageerhöhungen. Die Gemeinden können jedoch nicht weiter belastet werden. Alle Kommunen leiden seit Jahren an chronischer Finanznot. Dies lässt sich auf Gemeindeebene auch schlecht schönreden oder verbessern. Hilfe von Land und Bund sei dringend notwendig. Die Fraktion B90/Grüne stimmt dem Haushalt 2020 zu.

Michael Cullmann (SPD) kann sich den Vorrednern anschließen, dass die Kommunen zu wenig Geld von Bund und Land erhalten. Diese Situation sei jedem klar. Ihm geht es allerdings auch darum, solche Haushaltspositionen kritisch zu betrachten, für die man selbst verantwortlich ist. Als Beispiel nennt er die Haushaltsposition „Büro Landrat“ und beziffert die Entwicklung der Ansätze (2018 – 248.000 €, 2019 – 271.000 € und 2020 – über 300.000 €). Bei solchen Ansätzen gilt es zu überlegen, wo man den Rotstift ansetzen kann, und zwar in jedem Teilhaushalt. Darüber muss diskutiert werden. Auch bei der Personalbeschaffung gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen. Man kann natürlich im Vorgriff Personal einstellen, aber man kann auch dann erst Personal aufstocken, wenn der Bedarf konkret da ist. Er befürchtet nämlich, dass die ADD zwar den Haushalt genehmigt, gleichzeitig aber auch die Erhöhung der Umlage fordert. Eine erneute Diskussion im Kreistag wäre die Folge, die vermutlich wieder darauf hinausläuft, dass Bund und Land die Kommunen im Stich lassen. Natürlich machen die fehlenden Konnektivitätsmittel auch den Haushalt aus, aber auch die Positionen, für die der Landrat und der Kreistag verantwortlich sind. Darüber gilt es nachzudenken.

Alexander Groth (FWG) und Dr. Marc Muchow (CDU) verlassen um 16.50 Uhr die Sitzung.

Für Stefan Baade (AfD) ist die heutige Haushaltsdebatte seine erste überhaupt. Es wird deutlich, dass von Bund und Land so viele Aufgaben auferlegt werden, die die Kommunen finanziell alleine nicht stemmen können. Seine Verpflichtung gegenüber den Bürgern, die ihn in den Kreistag gewählt haben, versteht er so, dass für den Kreis zukunftssträchtige Entscheidungen zu treffen, mögliche Zuschüsse in Anspruch zu nehmen und mit den vorhandenen Mitteln verantwortlich umzugehen ist. In seiner Verantwortung liegt es, möglichst positive und richtige Entscheidungen für die Bürger im Donnersbergkreis zu treffen. Aus diesem Grund kann er dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen.

Christian Ritzmann (FDP) kann in vielen Punkten die Sichtweise der SPD-Fraktion nachvollziehen und unterstützen. Die Ausweitung im Bereich des Stellenplans erfüllt ihn ebenfalls mit Sorge. Dass der Bedarf vorhanden ist und die Stellenmehrungen alle nachvollziehbar seien, sei durchaus verständlich. Aber der Kreis hat nun mal beschränkte Mittel, mit denen er haushalten muss. Die Frage sei allerdings tatsächlich berechtigt, in welchen Bereichen man selbst in der Lage sei gegenzusteuern. Die Verwaltung verfügt über viele Spezialisten. Bei Ausfall eines solchen entstehen Probleme, die nicht abgefangen werden können. Aus diesem Grund kann er die Zusammenarbeit im Bereich der Schuldigitalisierung mit den Landkreisen Kaiserslautern und Kusel nur begrüßen. Solche Kooperationen voranzutreiben und zu fördern, könnte eine politische Zielrichtung darstellen. Wenn ein Mitarbeiter aus dem Bereich der Bauverwaltung ausfällt, könnte Personal aus anderen Landkreisen aushelfen, wenn es entsprechende Kooperationsvereinbarungen gäbe. So könnten Ressourcen gebündelt und Synergien gewonnen werden. In solchen Bereichen sind für die Kommunalpolitik durchaus Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden, die es zu nutzen gilt.

Dass die Kommunen durch neue Standards immer wieder zum Handeln gezwungen werden, sei schlicht so, wobei hier wieder das Thema Konnexität greift. Er wünscht sich, ähnlich wie bei der Diskussion um die Abfallentsorgungsgebühren (Bsp. Babytonne), gemeinsame Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

Christian Ritzmann stimmt dem Haushalt zu, wünscht sich in Zukunft, gerade im Bereich Personal, genauer hinzuschauen, wie durch Kooperationen Synergien entstehen können.

Bernd Frey (SPD) und Dr. Jamill Sabbagh (Kreisbeigeordneter) verlassen um 17.05 Uhr die Sitzung. Eberhard Hartelt (FWG) verlässt um 17.08 Uhr und Michael Cullmann (SPD) um 17.10 Uhr die Sitzung.

Landrat Guth sichert zu, bei der nächsten Haushaltsdebatte im Jahr 2020 über die Stellenmehrungen, die heute beschlossen werden und ihre Sinnhaftigkeit zu berichten. Was die interkom-

munale Zusammenarbeit angeht, so sei der Kreis hier bereits aktiv. In den Bereichen des Gesundheitsamtes, Jugendamtes, der Landespflege sowie im Bereich der Wirtschaftsförderung bestehen bereits gute Kooperationen. Diese Zusammenarbeit benötigt allerdings noch eine konzeptionelle Struktur, die sich letztendlich in allen Verwaltungen wiederfinden muss.

Steffen Antweiler (FWG) sieht es politisch als die falsche Entscheidung, den vorliegenden Haushalt abzulehnen. Denn der Kreis sei in einer Zwangslage, auf gegebene Vorgaben von oben reagieren zu müssen. Die vornehme Pflicht dabei ist, mit gegebenen Mitteln auskömmlich zu wirtschaften. Seiner Meinung nach haben 50 Jahre Kreisbestand gezeigt, dass man dieser Pflicht versucht hat, Folge zu leisten. Das Ergebnis sieht so aus, dass dennoch ein sehr hoher Schuldenstand vorhanden ist und dass man es dennoch nicht geschafft hat, Standards zu erfüllen und zu halten. Die Bürger auf dem Land haben allerdings genau das gleiche Recht auf diese Standards wie die Bürger aus Städten und Ballungszentren. Am Beispiel der Schulinfrastruktur wird deutlich, dass Verwaltung nicht allein nach Einwohnerzahlen zu bemessen und als Standard zu werten ist. Wenn der ländliche Raum künftig nur noch nach Kriterien und Maßstäben der Ballungszentren bemessen wird, müssten Bund und Land in der Konsequenz ein Umsiedlungsprogramm beschließen und der Landbevölkerung empfehlen, in die Ballungszentren abzuwandern.

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, ein politisches Zeichen dahin gehend zu setzen, dass man verantwortungsbewusst mit den knappen Mitteln umgeht, die Verschuldung zwar im Auge behält, aber dennoch Investitionen tätigt, um den Kreis weiterhin lebenswert zu machen. Strukturen und Infrastrukturen müssen so gestaltet werden, dass die kollabierenden Städte und Ballungszentren einen Ausweg und einen Partner in der Landbevölkerung sehen. Deshalb werden er und die FWG-Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Helmut Schmidt (Linke) signalisiert Zustimmung zum Haushalt, weil er endlich die Hoffnung hat, dass es Widerstand in der kommunalen Familie gegen die fehlende Finanzausstattung geben wird und sich letztendlich in diese Richtung etwas verändert.

Jaqueline Rauschkolb (SPD) bittet künftig in den Vorbericht die Entwicklung des Gesamthaushaltes von den Planansätzen bis zum Endergebnis mit aufzunehmen, um eine bessere Übersicht zu haben.

Michael Groß (SPD) versucht die Bedenken der SPD-Fraktion zu konkretisieren. Die Befürchtung, dass die ADD eine Umlagenerhöhung fordert, sei sehr groß. Letztendlich müsse dann

eine Kreisumlagenerhöhung von möglicherweise 2-3% den Ortsgemeinden aufgezwungen werden, weil heute bereits zu viele Fakten geschaffen wurden.

Landrat Guth ist zuversichtlich, dass eine Einigung mit der ADD erzielt werden kann, falls der Stellenplan kritisiert werden sollte. Denn der Kreis liegt bei den Fallzahlen eher noch unter dem notwendigen Bedarf. Insofern sieht er hier keine Gefahr.

Rudolf Jacob (CDU) stellt klar, dass die Fraktionen CDU, FWG und B90/Grüne eine Umlagenerhöhung auf keinen Fall mittragen werden. Sollte die ADD die Auffassung vertreten, dass hier eine höhere Umlage zwingend erforderlich ist, muss sie diese per Ersatzvornahme festsetzen. Der Kreis könne dann jedoch gegen diese Entscheidung gerichtlich vorgehen.

Landrat Guth unterbricht auf Antrag von Gerd Fuhrmann die Sitzung für fünf Minuten.

Gerd Fuhrmann (SPD) informiert nach der Sitzungsunterbrechung, die SPD-Fraktion könne, nachdem feststeht, dass eine Umlagenerhöhung im Kreistag nicht mehrheitsfähig wäre, dem Haushalt zustimmen, wenn Landrat Guth zusichert, die Stellen erst nach Genehmigung des Haushaltes auszuschreiben und zu besetzen.

Landrat Guth kann dies zusagen, bis auf die Stelle für die Gemeindeschwester plus, die zu 100% gefördert wird und bereits in der Ausschreibung ist und die Stellen für die drei Klimaschutzmanager, die bereits eingestellt sind. Für diese drei Stellen gab es bereits eine Vorabgenehmigung.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Ulrike Blasius (AfD) war während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum anwesend.

Michael Groß (SPD), Peter Funck (FWG) und Klaus Hartmüller (CDU) verlassen die Sitzung.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Berufung der weiteren Mitglieder in den Beirat für Migration und Integration des Donnersbergkreises

I. Sachverhalt:

„Am 27. Oktober fanden landesweit die Wahlen zu den Beiräten für Migration und Integration statt. Die Zahl der gewählten Mitglieder im Donnersbergkreis wurde per Satzung über den Beirat für Migration und Integration auf 14 festgelegt. Zusätzlich zu den gewählten Mitgliedern werden nach § 2 der Satzung weitere Mitglieder nach den Grundsätzen des § 39 LKO in den Beirat berufen, deren Zahl höchstens sieben betragen darf.

Unter Zugrundelegung des Stärkeverhältnisses der im Kreistag vertretenen politischen Gruppen ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD	-	2
CDU	-	2
AfD	-	1
B90/Grüne	-	1
FWG	-	1“

Seitens der Fraktionen liegt folgender gemeinsamer Wahlvorschlag vor:

	Vorgeschlagene Personen
SPD	1. Busch, Luise, Rockenhausen
	2. Brutschek, Stephan, Höringen
CDU	3. Tas-Yüksel, Nurdan, Kirchheimbolanden
	4. Önder, Yüksel, Eisenberg
FWG	5. Ciftci, Mutlu, Kirchheimbolanden
B90/Grüne	6. Grünewald, Ursula, Rüssingen
AfD	7. Klein, Nicolas, Göllheim

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beruft die im Wahlvorschlag genannten Personen in den Beirat für Migration und Integration des Donnersbergkreises.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Hanna Stuppy (B90/Grüne) und Jaqueline Rauschkolb (SPD) verlassen um 17.30 Uhr die Sitzung.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Wahl von Ersatzpersonen in den Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises

I. Sachverhalt:

„In der konstituierenden Sitzung des Kreistages wurden u.a. die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gewählt. Auf Vorschlag des Kreisjugendringes wurde als Vertreterin für die evangelische Jugend Frau Johanna Sauer als Mitglied und Herr Pascal Wilking als ihr Stellvertreter in den Ausschuss gewählt.

Nach dem plötzlichen Tod von Johanna Sauer ist nun die Funktion neu zu besetzen. Der Kreisjugendring schlägt vor, als Mitglied Herrn Pascal Wilking (ev. Jugend) und als seinen Stellvertreter Herrn Martin Wolf (Landjugend) in den Jugendhilfeausschuss zu wählen.“

Der Kreistag beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Pascal Wilking als Mitglied und Herrn Martin Wolf als seinen Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Wahl einer Ersatzperson in den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg

I. Sachverhalt:

„Der Kreistag des Donnersbergkreises hat in seiner konstituierenden Sitzung am 15. August 2019 u.a. die Mitglieder und Stellvertreter des Verwaltungsrates der Sparkasse Donnersberg gewählt.

Für die FDP-Fraktion wurde Herr Albert Luja, Mannweiler-Cölln als Stellvertreter von Herrn Christian Ritzmann vorgeschlagen und gewählt. Mit E-Mail vom 27.11.2019 teilt Herr Luja mit, dass er aus beruflichen Gründen das Mandat niederlegt.

Nach § 39 Abs. 1 Satz 4 LKO werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen worden war, gewählt.

Vorschlagsberechtigt ist in diesem Falle somit die FDP-Fraktion.“

Die FDP-Fraktion schlägt Herrn Helmut Gass, Rockenhausen vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Der Kreistag beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Helmut Gass als Stellvertretung in den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Manfred Boffo (FWG) verlässt um 17.35 Uhr die Sitzung.

hebungssatzung in der vom Verwaltungsrat am 11.04.2019 beschlossenen Fassung zuzustimmen.“

Tristan Werner (SPD) verlässt die Sitzung.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die Auflösung der Energiekonzepte Donnersberg – Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2019 und der vom Verwaltungsrat der Energiekonzepte Donnersberg AöR, am 11.04.2019 beschlossenen Aufhebungssatzung, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

I. Sachverhalt:

Landrat Guth informiert, gemeinsam mit der Sparkasse Donnersberg wurde ein Bierdeckel entwickelt, mit dem Ziel Ideen und Wünsche für den Donnersbergkreis bei den Bürgern zu erfragen. Die Ergebnisse können an Ort und Stelle mit dem Smartphone fotografiert und an gemeinsam@donnersberg.de versendet werden. Er hofft, dass dabei viele gute Ideen entstehen.

Helmut Schückler (CDU) würde sich für die Zukunft wünschen, dass die jeweiligen Beauftragten des Donnersbergkreises mehr präsent wären, und zwar nicht nur bei Festen und Feierlichkeiten, sondern auch bei der täglichen Arbeit.

Landrat Guth erklärt, dass die Beauftragten ihren Job quasi außerhalb der Verwaltung leisten. Ihrerseits werden auch Berichte im Kreistag abgegeben, um über die geleistete Arbeit und umgesetzte Maßnahmen zu informieren. Dabei kann er immer wieder feststellen, wie anspruchsvoll und zeitintensiv solche Ehrenämter sind. Da die jeweiligen Beauftragten auch Sprechzeiten in der Verwaltung anbieten, empfiehlt er Helmut Schückler, diese wahrzunehmen, um mehr über die Arbeit der einzelnen Beauftragten zu erfahren.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 17.50 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.
(Rainer Guth)
Vorsitzender

gez.
(Tatjana Herbrandt)
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 03.12.2019

Tag der Sitzung: 18.12.2019

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 34

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 4

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Verwaltungsfachwirtin Tatjana Herbrandt